

Niederschrift

zur 1. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses "Bürgerhaushalt" der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 07.11.2012	17:00- 18:45 Uhr	Dienstzimmer des Ersten Beigeordneten

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke ,

SPD-Fraktion

Roland Schulze ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse ,

Gäste

Uwe Stemmler ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur ersten Zusammenkunft des Ausschusses.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind alle Ausschussmitglieder und der Erste Beigeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Einreden. Sie wird wie vorgelegt festgestellt.

TOP 4 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

TOP 5 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende betont, dass es die Zielstellung des zeitweiligen Ausschusses ist, die möglichen Arbeitsschritte festzulegen, die Zielstellung zu definieren und einen Ablaufplan zu erstellen, der dann in den Fraktionen abgestimmt und der STVV vorgestellt werden kann. Er bittet die erste Runde damit zu beginnen, die Vorstellungen der jeweiligen Fraktionen darzulegen.

Abg. Zänker

Der Bürgerhaushalt soll ein Mittel der Demokratieförderung sein und als solches begrüßt die Fraktion die Einführung auch. Die erste Anforderung ist, dass der Bürgerhaushalt einfach ist, der Bürger ihn versteht und in der Lage ist und Interesse haben kann, mitzuwirken. Eckpunkte für Ideen liegen vor. Darin sind auch die großen Herausforderungen dargestellt, die mit dem Bürgerhaushalt in den nächsten Jahren vom Finanzrahmen her bestehen. Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, etwas Investives zu entscheiden. Da die Mittel begrenzt sind, muss es darum gehen, eine Priorisierung durch die Bürger vornehmen zu lassen - Projekte zu nehmen, die im Grunde anstehen und die Bürger entscheiden zu lassen, was zuerst realisiert wird.

Abg. Hilke

Der Diskussionsprozess sollte ergebnisoffen geführt werden und die Demokratie innerhalb der Kommune stärken. Die Bürger ohne politisches Mandat sollen die Möglichkeit haben, an der Entwicklung bestimmter Entscheidungsprozesse mitzuwirken. Bislang entscheiden die Stadtverordneten über Prioritäten und Haushalt der Verwaltung. Diese Entscheidung kann ein Stück auf die Bürger vorverlegt werden. Dabei ist wichtig, den Bürgern zu veranschaulichen, welche Ressourcen vorhanden sind, in welchem Maße frei entschieden werden kann. Dazu müssen die freiwilligen Leistungen der Stadt beleuchtet werden, welches Volumen sie haben und welche Prioritäten die Stadtverordneten in der Vergangenheit gesetzt haben. Des Weiteren müssen die Investitionen beleuchtet und auch dort die Kapazitäten dargestellt werden, die im Rahmen investiver Maßnahmen vorgesehen sind.

Als Vorleistung der Verwaltung wird eine Prioritätenliste erwartet, welche Dinge vordringlich realisiert werden müssen. Über den „freien Überhang“, sowohl bei den freiwilligen Leistungen als auch bei den investiven Maßnahmen, sollte man dann mit den Bürgern ins Gespräch kommen.

Der Bürgerhaushalt sollte eine kontinuierliche Aufgabe und auf Dauer angelegt sein. Er führt als Beispiel die Stadt Worms „Haushalt im Dialog“ an. Dort wurden Informationsveranstaltungen angeboten und eine Online-Plattform geschaffen, wo die Bürger Vorschläge jedweder Art (kostenneutrale, Einnahme verbessernde, Ausgaben beinhaltende) unterbreitet werden können. Diese Vorschläge werden von den Bürgern bewertet und so eine Prioritätenliste erstellt. Diese Liste wurde nach Prüfung der Verwaltung an die Fachausschüsse und die STVV zur Abstimmung und zur Beschlussfassung gegeben. Die Stadtverordneten haben sich entsprechend verantwortungsvoll mit dieser starken Gewichtung aus der Bürgerschaft auseinandergesetzt. Er spricht sich dafür aus, einen „Begründungszwang“ seitens der STVV zu formulieren, wenn von der Bürgerschaft als wichtig anzusehende Vorschläge nicht umgesetzt werden können.

Abg. Buzziol

Auch die FDP-Fraktion stimmt der eingeschlagenen Richtung zu. Der Bürgerhaushalt sollte keine kurzfristige Sache sein. Er selbst wird am 29.11.2012 von der BITEG ein Seminar „Der Bürgerhaushalt in der Praxis“ besuchen, um sich mit dieser relativ neuen Materie vertraut zu machen. Der Bürgerhaushalt soll der Mitentscheidung und dem Entscheidungsprozess des Bürgers dienen. Trotzdem sollte nicht der Eindruck entstehen, dass Bewährtes zerredet werden kann. Ein konkreter Weg zur Verfahrensweise liegt noch nicht vor und muss erarbeitet werden.

Abg. Sachse

In 20 bis 30 Städten Brandenburgs ist der Bürgerhaushalt inzwischen Realität (Schöneiche, Königs Wusterhausen, Strausberg, Bernau, Eberswalde). Diese Städte gehen sehr unterschiedlich an die

Thematik heran. Gemeinsam ist allen, dass eine stärkere Beteiligung der Bürger an einem kleinen Teil der Haushaltsaufstellung erfolgt. Die STVV stellt z.B. einen bestimmten Betrag im Jahr zur Verfügung, der im Rahmen des Bürgerhaushalts vergeben werden kann.

So sollte die Stadt Fürstenwalde nicht verfahren. Denn es geht nicht darum, die „Aktivsten“ zu mobilisieren, ihre Interesse mit dem Haushalt durchzusetzen. Genauso sollte im Rahmen der Gleichbehandlung von der „Stadtteilpolitik“ abgesehen werden. Jeder sollte die Möglichkeit haben, seinen Vorschlag einzubringen.

Er schlägt aus Gründen der Transparenz einen Begleitausschuss oder eine Stelle in der Verwaltung vor, die eine Bewertung vornimmt, die Zuständigkeiten prüft und den Bürgern eine Antwort auf ihren Vorschlag gibt. Als positives Beispiel führt er die Herangehensweise der Stadt Luckenwalde an.

Abg. Schulze

Er spricht sich für realisierbare, bezahlbare Zielstellungen aus, die auch dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung unter Beachtung des demografischen Wandels Rechnung tragen. Dafür sollten die Einwohner stärker als bisher informiert und angeregt werden, gemeinsam mit den Abgeordneten über den Haushalt zu reden und ihn zu reflektieren. Die demokratische Mitwirkung muss unter der Prämisse organisiert werden, dass die abschließende Entscheidung bei den Stadtverordneten liegt. Den Anfang sollte ein einfaches und überschaubares Modell bilden, in das alle gemeinsam hineinwachsen können. Konsens ist weiterhin, dass nicht eine Summe ausgelobt wird. Es sollte vielmehr darum gehen, gemeinsam Prioritäten für die zukünftige Entwicklung zu finden. Diese Prioritätenliste sollte durchaus auf drei Bereiche fokussiert werden (Haushaltssicherung und Sparpotentiale, laufender Haushalt in Bereichen, wo Spielraum besteht, Investitionen unter Beachtung des Investitionsplanes für die nächsten Jahre). Die Voraussetzung ist, den Haushalt zu kommunizieren, Handlungsspielräume aufzuzeigen und keine falschen Erwartungen zu wecken.

Der Erste Beigeordnete fasst die Erfahrungen der vergangenen Jahre und die Erwartungen, die mit der Einführung des doppischen Haushalts verbunden waren, zusammen. Mit dem Bürgerhaushalt wird ein weiterer Versuch unternommen, den Haushalt in der Bürgerschaft populär zu machen und zu aktivieren ohne Lobbyismus zu fördern. Die dafür vorhandenen Instrumente müssen in Anspruch genommen und propagiert werden. Herr Dr. Fehse schätzt ein, dass der Zeitaufwand enorm sein wird, die Vorbereitungen sollten aber ohne ein gesondertes Budget auskommen.

Zum rechtlichen Rahmen führt Herr Dr. Fehse noch einmal aus, dass die Haushaltshoheit bei der STVV liegt.

Im anschließenden Gedankenaustausch zur Herangehensweise werden nachfolgende Vorschläge unterbreitet:

Abg. Hilke Bürger sollten Möglichkeit haben, Vorschläge jedweder Art per Brief, per Fax, via Internet zu unterbreiten - dann fachliche Einordnung durch Verwaltung und danach Bewertung, Prioritätenerstellung durch die Bürger (Verfahren muss konkret festgelegt werden, um Mehrfachmeldungen zu vermeiden) – dann in die Ausschüsse und STVV.

Abg. Zänker – die möglichen investiven Maßnahmen vorzustellen und die Meinung erfragen – allerdings fragt er angesichts der Projekte für die Fördermittel ausgereicht werden, welche Projekte dann überhaupt zur Wahl gestellt werden könnten

Abg. Sachse – Bürger sollten ohne Einschränkungen Vorschläge jedweder Art unterbreiten können. Bevor die Vorschläge zu einer Bewertung durch die Bürger kommen, sollte eine interne Bewertung (Begleitausschuss zum Bürgerhaushalt) erfolgen. Sh. Luckenwalde – alle Vorschläge werden veröffentlicht auch mit dem Zusatz oder der Begründung, ist im Moment nicht finanzierbar, liegt nicht in Zuständigkeit der Stadt o.ä.. Letztlich liegt dann eine Liste von Dingen vor, die zum einen aus Sicht der Bürger wünschenswert und zum anderen aus Sicht der Verwaltung und des Begleitausschusses machbar ist. Diese Liste kommt dann zur Abstimmung, daraus ergibt sich die Prioritätenliste, die die Bürger beschlossen haben.

Abg. Schulze – den Bürger von vornherein mit Gedanken und Überlegungen der Stadtverordneten

vertraut machen - den Vorschlägen aus den 3 skizzierten Bereichen Haushaltssicherung, laufender Haushalt und Investitionen Struktur geben und Prioritäten darstellen mit der Option um Erweiterung und weitere Anregungen, Verschiebungen durch die Bürger. Über die Zielstellung der nächsten Jahre muss diskutiert werden – was sind mittelfristige Schwerpunkte, Gestaltung der Parks, der Radwege o.ä. für welche gezielten Bereiche sollen Fördermittel eingeworben werden.

Der Vorsitzende fasst nochmals zusammen. Konsens besteht über:

- . Bürgerhaushalt für die gesamte Stadt
- . Aufstellung eines Zeitplanes – Bürgerhaushalt frühestens 2014 möglich
- . keine Auslobung eines finanziellen Betrages
- . es soll ein Verfahren entwickelt werden, wie die Bürgerbeteiligung in strukturierten Bereichen (langfristige Investitionen, laufender Haushalt, Haushaltssicherung) stattfinden soll

Die Mitglieder bitten den Vorsitzenden gemeinsam mit der Verwaltung ein grobes Schema und einen Zeitplan zu erarbeiten, der im Dezember noch einmal beraten wird, um in der STVV im Januar einen Grundsatzbeschluss fassen zu können.

TOP 6 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 7 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 8 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung und dankt allen Anwesenden für ihre rege Mitwirkung. Die nächste Ausschusssitzung findet am 19.12.2012 um 17.00 Uhr im Dienstzimmer des Ersten Beigeordneten statt.

Die Niederschrift umfasst 4 Seiten.

Auf die Durchführung einer nicht öffentlichen Sitzung kann verzichtet werden.

Roland Schulze

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführer